

## Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> . . . . .	<b>VII</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	<b>XLI</b>
<b>Einleitung</b> . . . . .	<b>I</b>

### *1. Teil*

#### **Rechtliche und tatsächliche Situation des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes**

<b>1. Kapitel:</b> Einstweiliger Rechtsschutz durch Verwaltungsgerichte als Gegenstand der Untersuchung . . . . .	<b>8</b>
<b>2. Kapitel:</b> Gesetzliche Ausgestaltung des verwaltungsprozessualen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	<b>47</b>
<b>3. Kapitel:</b> Rechtliche und tatsächliche Bedingungen des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	<b>95</b>
<b>4. Kapitel:</b> Probleme des verwaltungsprozessualen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	<b>146</b>

### *2. Teil*

#### **Ansätze zur Überwindung der Probleme des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes**

<b>5. Kapitel:</b> Maßnahmen des Gesetzgebers . . . . .	<b>202</b>
<b>6. Kapitel:</b> Beitrag der Rechtsprechung . . . . .	<b>248</b>
<b>7. Kapitel:</b> Vorschläge der Rechtswissenschaft . . . . .	<b>285</b>

### *3. Teil*

#### **Konzeption einer rechtsdogmatischen Steuerung des einstweiligen Rechtsschutzes**

<b>8. Kapitel:</b> Begründung, Bedingungen und Merkmale eines rechtsdogmatischen Steuerungsansatzes . . . . .	<b>332</b>
<b>9. Kapitel:</b> Steuerung verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen durch rechtsdogmatisch legitimierte Sätze . . . . .	<b>441</b>

## 4. Teil

Verfassungsrechtliche Vorgaben  
für den einstweiligen Rechtsschutz

<i>10. Kapitel: Garantie eines adäquaten Rechtsschutzes durch Art. 19 Abs. 4 GG</i> . . . . .	474
<i>11. Kapitel: Gewährleistungen des Art. 19 Abs. 4 GG für den einstweiligen Rechtsschutz</i> . . . . .	524

## 5. Teil

Erkenntnis- und Steuerungspotenzial der Rechtsdogmatik  
für den verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz

<i>12. Kapitel: Rechtsdogmatische Bestimmung der Funktionen des einstweiligen Rechtsschutzes</i> . . . . .	560
<i>13. Kapitel: Rechtsdogmatisch anerkannte richterliche Struktursätze des einstweiligen Rechtsschutzes</i> . . . . .	571
<i>14. Kapitel: Bedeutung der Rechtsdogmatik für Prüfungsmaßstab und Prüfungsdichte verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen</i> . . . . .	632
<i>15. Kapitel: Bedeutung der Rechtsdogmatik für den dualen Eilrechtsschutz als Folge der Europäisierung</i> . . . . .	693
Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .	712
Literaturverzeichnis . . . . .	719
Sachverzeichnis . . . . .	779

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XLI
 Einleitung . . . . .	 1
A. Anlass der Untersuchung . . . . .	1
B. Ziele der Untersuchung . . . . .	3
C. Gang der Untersuchung . . . . .	4

### 1. Teil

#### Rechtliche und tatsächliche Situation des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes

7

<i>1. Kapitel: Einstweiliger Rechtsschutz durch Verwaltungsgerichte als Gegenstand der Untersuchung . . . . .</i>	<i>8</i>
A. Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	8
I. Begriff . . . . .	8
1. Merkmale . . . . .	9
a) Rechtsschutz . . . . .	9
b) Einstweilig . . . . .	10
2. Definition . . . . .	13
II. Abgrenzung . . . . .	14
1. Schutz von Rechten und Schutz von Interessen . . . . .	14
a) Rechtlicher Schutz subjektiver Rechte . . . . .	14
b) Rechtlicher Schutz wirtschaftlicher Interessen . . . . .	15
c) Rechtlicher Schutz objektiven Rechts . . . . .	16
2. Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtsschutz in der Hauptsache . . . . .	18
a) Bedeutung der Unterscheidung . . . . .	18
b) Gemeinsamkeiten von einstweiligem Rechtsschutz und Hauptsacherechtsschutz . . . . .	18
c) Abgrenzung anhand der Rechtsschutzfunktionen . . . . .	19

aa) Arbeitsteiliges Zusammenwirken von einstweiligem Rechtsschutz und Hauptsacherechtsschutz als Ausgangspunkt . . . . .	19
bb) Spezifische Funktionen des einstweiligen Rechtsschutzes und des Hauptsacherechtsschutzes als Abgrenzungskriterium . . . . .	20
cc) Gefährdung der Abgrenzung durch den Einfluss des Gemeinschaftsrechts? . . . . .	21
dd) Gefährdung der Abgrenzung durch faktische Überforderung des einstweiligen Rechtsschutzes? . . . . .	22
3. Einstweiliger Rechtsschutz und vorbeugender Rechtsschutz . . . .	22
a) Erforderlichkeit der Unterscheidung . . . . .	22
b) Abgrenzung anhand des Rechtsschutzziels und des Entscheidungsinhalts . . . . .	24
c) Zusammentreffen von vorläufigem und vorbeugendem Rechtsschutz . . . . .	25
4. Einstweiliger Rechtsschutz und vorläufige Vollstreckbarkeit . . . .	26
a) Begriff und rechtliche Grundlage der vorläufigen Vollstreckbarkeit . . . . .	26
b) Gemeinsamkeiten von einstweiligem Rechtsschutz und vorläufiger Vollstreckbarkeit . . . . .	27
aa) Aufgrund formaler Zusammenfassung in einer übergreifenden rechtlichen Kategorie . . . . .	27
bb) Aufgrund sachlicher Übereinstimmung in Bezug auf Funktionen und Rechtswirkungen . . . . .	28
(1) §§ 80 bis 80 b VwGO und vorläufige Vollstreckbarkeit . . . . .	28
(2) § 123 VwGO und vorläufige Vollstreckbarkeit . . . . .	31
c) Notwendige Differenzierungen . . . . .	32
aa) In zeitlicher Hinsicht . . . . .	32
bb) In funktioneller Hinsicht . . . . .	33
cc) In materiell-rechtlicher Hinsicht . . . . .	33
d) Keine Erstreckung der Haftung aus § 717 Abs. 2 ZPO auf den verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutz als Konsequenz . . . . .	34
<i>B. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz . . . . .</i>	<i>35</i>
I. Begriff . . . . .	35
II. Abgrenzung . . . . .	37
1. Gesetzlicher einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	38
a) Definition . . . . .	38
b) Beispiele in der Verwaltungsgerichtsordnung . . . . .	38
c) Beispiele außerhalb der Verwaltungsgerichtsordnung . . . . .	39
d) Strukturelle Gemeinsamkeiten . . . . .	40
2. Verwaltungsbehördlicher einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	41

a) Abgrenzung aufgrund der Rechtsschutz gewährenden Stelle . . .	41
b) Struktur des verwaltungsbehördlichen Eilrechtsschutzes . . . . .	42
c) Struktur des finanz- und sozialbehördlichen Eilrechtsschutzes . .	43
3. Gerichtlicher einstweiliger Rechtsschutz in anderen	
Prozessordnungen . . . . .	44
a) In der Finanzgerichtsordnung und im Sozialgerichtsgesetz . . . .	44
b) Im Bundesverfassungsgerichtsgesetz . . . . .	45
c) In der Zivilprozessordnung . . . . .	46
 2. Kapitel: Gesetzliche Ausgestaltung des verwaltungsprozessualen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	47
A. Überblick zu den einschlägigen Bestimmungen . . . . .	47
I. Regelungen der Verwaltungsgerichtsordnung . . . . .	47
II. Fachgesetzliche Regelungen mit spezifischem Bezug zum einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	48
1. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung . . . . .	48
2. Fristbestimmungen . . . . .	50
3. Besondere Vorgaben für die Prüfungsdichte und den Entscheidungsmaßstab . . . . .	53
B. Zweispurigkeit des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	54
I. Definition dieses Strukturmerkmals . . . . .	54
II. Bedeutung der Zweispurigkeit . . . . .	56
III. Elemente der Zweispurigkeit . . . . .	58
1. Aussetzungsverfahren . . . . .	58
a) Begriff und Reichweite . . . . .	58
b) Systematische Stellung der Regelungen . . . . .	61
c) Struktur der Regelungen . . . . .	62
aa) Grundsatzentscheidung der aufschiebenden Wirkung und ihre Durchbrechungen . . . . .	62
(1) Suspensiveffekt als Regelfall . . . . .	62
(2) Möglichkeiten seines Ausschlusses . . . . .	63
(α) Durch Gesetz . . . . .	64
(β) Aufgrund behördlicher Vollziehungsanordnung . . .	64
bb) Ausrichtung des einstweiligen Rechtsschutzes an spezifischen Rechtsschutzzielen . . . . .	65
(1) Gesetzlich vorgegebene Rechtsschutzoptionen . . . . .	66
(2) Gesetzlich zugelassene Rechtsschutzoptionen . . . . .	68
cc) Einstweiliger Rechtsschutz in zweiseitigen und mehrseitigen Rechtsverhältnissen . . . . .	70
dd) Stufenförmiger Aufbau des gesetzlichen, behördlichen und gerichtlichen Rechtsschutzes und seine Durchbrechungen . . . . .	72

d) Qualifizierung des Aussetzungsverfahrens als Teilsystem des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	74
2. Anordnungsverfahren . . . . .	74
a) Begriff und Reichweite . . . . .	74
b) Systematische Stellung der Regelungen . . . . .	75
c) Struktur der Regelungen . . . . .	76
aa) Bezugnahme auf andere Prozessordnungen als gemeinsames Strukturmerkmal verwaltungsgerichtlicher einstweiliger Anordnungen . . . . .	76
bb) Aufbau des § 123 VwGO . . . . .	77
cc) Aufbau des § 47 Abs. 6 VwGO . . . . .	78
d) Qualifizierung der verwaltungsgerichtlichen Anordnungs- verfahren als Teilsystem des einstweiligen Rechtsschutzes . . . .	79
<i>C. Verhältnis zwischen den verschiedenen Formen    eines verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutzes . . . . .</i>	83
I. Aussetzungsverfahren nach §§ 80 bis 80 b VwGO und Anordnungsverfahren nach § 123 VwGO . . . . .	83
1. Abgrenzung . . . . .	83
2. Unterschiede . . . . .	85
II. Sicherungsanordnung und Regelungsanordnung . . . . .	89
1. Notwendigkeit einer Abgrenzung . . . . .	89
2. Abgrenzungskriterien . . . . .	90
III. Einstweilige Anordnung nach § 47 Abs. 6 VwGO und sonstige Formen verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . .	91
1. Abgrenzungsprobleme . . . . .	91
2. Trennscharfe Unterscheidung der Rechtsschutzformen . . . . .	92
3. Ergänzende Anwendung von Regeln und Kriterien des § 123 VwGO . . . . .	94
 <i>3. Kapitel: Rechtliche und tatsächliche Bedingungen    des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .</i>	95
<i>A. Steuerungstheoretische Betrachtung des Zusammenspiels    von rechtlichen und tatsächlichen Vorgaben . . . . .</i>	95
I. Grundsätzliche Anerkennung wechselseitiger Beeinflussung rechtlicher und faktischer Elemente . . . . .	95
II. Steuerung der tatsächlichen Entwicklung des einstweiligen Rechtsschutzes durch das Recht . . . . .	97
1. Definition rechtlicher Steuerung . . . . .	97
a) Rechtliche Steuerung als Zweckbegriff . . . . .	97
b) Rechtliche Steuerung als polyzentrischer Vorgang . . . . .	99
2. Akteure rechtlicher Steuerung . . . . .	99
a) Gesetzgeber . . . . .	99
b) Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte . . . . .	100

3. Instrumente rechtlicher Steuerung . . . . .	101
a) Förmliche Gesetze als zentrales, aber nicht einziges Steuerungsmittel . . . . .	101
aa) Anforderungen an eine gesetzliche Steuerung . . . . .	101
bb) Partielles Versagen gesetzlicher Steuerung . . . . .	103
b) Verwaltungsgerichtliche Eilentscheidungen als weiteres Steuerungsmittel . . . . .	104
aa) Steuerungspotenzial verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen . . . . .	105
bb) Steuerungsbedürfnis verwaltungsgerichtlicher Entscheidungsfindung . . . . .	106
III. Rückwirkungen der tatsächlichen Bedingungen auf die rechtliche Steuerung . . . . .	107
1. Tatsachen als Indikatoren für die rechtliche Steuerung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	107
2. Tatsachen als Determinanten für die rechtliche Steuerung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	109
<i>B. Rechtliche Bedingungen des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .</i>	<i>112</i>
I. Änderung der prozessualen Vorgaben für die Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	112
II. Änderung der verfahrens- und verwaltungsrechtlichen Bedingungen des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	112
1. Zunehmende Ökonomisierung staatlichen Handelns . . . . .	113
a) Begriff der Ökonomisierung . . . . .	113
b) Ökonomisierung und Effizienz . . . . .	114
2. Privatisierung einzelner Gegenstände der Rechtsschutzgewährung . . . . .	115
a) Begriff der Privatisierung . . . . .	116
b) Veränderungen infolge Privatisierung . . . . .	116
3. Deregulierung einzelner Bereiche der Rechtsschutzgewährung . . . . .	117
a) Begriff der Deregulierung . . . . .	117
b) Veränderungen infolge Deregulierung . . . . .	118
III. Folgen für den verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	119
1. Verkürzung des Zuständigkeitsbereichs der Verwaltungs- gerichtsbarkeit . . . . .	119
2. Veränderte Kontrollaufgaben der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	120
a) Überwachung staatlicher Regulierung . . . . .	120
b) Überwachung materiell-rechtlicher Bindungen im deregulierten Bereich . . . . .	121
3. Systemverschiebungen innerhalb des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	121
a) Verlagerung des Rechtsschutzes vom Aussetzungs- verfahren in das Anordnungsverfahren . . . . .	122
b) Substitution des öffentlich-rechtlichen durch privatrechtlichen Nachbarschutz? . . . . .	123

c) Angleichung der Voraussetzungen der Anordnungs- entscheidung an die Voraussetzungen der Aussetzungs- entscheidung? . . . . .	124
<i>C. Tatsächliche Bedingungen des einstweiligen Rechtsschutzes</i> . . . . .	125
I. Faktische Entwicklung . . . . .	125
1. Rückläufige Eingangszahlen auf hohem Niveau . . . . .	126
a) Tatsächliche Entwicklung . . . . .	126
b) Ursachen . . . . .	127
2. Belastungsverschiebung von der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Sozialgerichtsbarkeit . . . . .	130
a) Tatsächliche Entwicklung . . . . .	130
b) Ursachen . . . . .	132
3. Veränderungen zwischen verwaltungsgerichtlichen Hauptsache- und Eilverfahren . . . . .	134
a) Tatsächliche Entwicklung . . . . .	134
b) Ursachen . . . . .	136
4. Gestiegene Bedeutung des materiellen Rechts für die verwaltungsgerichtliche Eilentscheidung . . . . .	139
a) Tatsächliche Entwicklung . . . . .	139
b) Ursachen . . . . .	140
5. Zunehmende faktische Endgültigkeit der verwaltungs- gerichtlichen Eilentscheidung . . . . .	140
a) Tatsächliche Entwicklung . . . . .	140
b) Ursachen . . . . .	141
II. Rechtliche Konsequenzen . . . . .	143
1. Nivellierung des Anforderungsprofils . . . . .	143
2. Veränderung des Charakters des einstweiligen Rechtsschutzes . . . .	144
3. Überforderung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	144
 <i>4. Kapitel: Probleme des verwaltungsprozessualen einstweiligen Rechtsschutzes</i> . . . . .	 146
<i>A. Bestandsaufnahme</i> . . . . .	146
I. Mängel der gesetzlichen Ausgestaltung . . . . .	147
1. Regelungsdefizite . . . . .	147
2. Regelungsunklarheiten . . . . .	148
3. Regelungskollisionen und -konflikte . . . . .	150
II. Mängel der gerichtlichen Handhabung . . . . .	153
1. Uneinheitliche und unübersichtliche Rechtsprechung . . . . .	153
2. Festhalten an überkommenen Topoi . . . . .	156
<i>B. Ursachen</i> . . . . .	158
I. Keine einheitliche gesetzgeberische Konzeption des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	158



1. Defizite bei Erlass der Verwaltungsgerichtsordnung . . . . .	159
a) Aufspaltung des einstweiligen Rechtsschutzes durch Fortschreibung der bisherigen Rechtslage . . . . .	159
b) Vernachlässigung eines umfassenden, homogenen Regelungskonzepts . . . . .	162
c) Unzureichende Regelung wesentlicher Fragen und Entscheidungskriterien . . . . .	163
2. Defizite bei Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung . . . . .	164
a) Mangelnder Wille zur Klärung umstrittener Fragen des Eilrechtsschutzes . . . . .	164
b) Beschleunigung der Verfahren statt Vereinheitlichung der gesetzlichen Vorgaben . . . . .	165
II. Fehlende vereinheitlichende Kraft der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts . . . . .	166
1. Eng begrenzte Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts . . . . .	167
2. Besonderes Bedürfnis nach einer gemeinsamen obersten Rechtsprechungsinstanz . . . . .	170
III. Vernachlässigung normativer Steuerungsimpulse bei Gewährung verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutzes . . . . .	172
1. Unzureichende Differenzierung zwischen den Rechtsschutz- elementen des Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG . . . . .	172
2. Anwendung gesetzesinakzessorischer Kriterien . . . . .	173
IV. Atomisierung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	175
1. Begriff der Atomisierung . . . . .	175
2. Erscheinungsformen der Atomisierung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	175
3. Konsequenzen der Atomisierung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	176
a) Entstehung und Verfestigung prozessualer Teilsysteme . . . . .	176
b) Beeinflussung der Rechtsschutzgewährung durch gesetzesinakzessorische Topoi . . . . .	177
V. Europäisierung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	177
1. Begriff der Europäisierung . . . . .	178
2. Erscheinungsformen der Europäisierung . . . . .	179
3. Adressaten der Europäisierung . . . . .	182
4. Europäisierung des verwaltungsprozessualen einstweiligen Rechtsschutzes bei mitgliedstaatlichem Vollzug von EG-Recht . . . . .	184
a) Abhängigkeit der Europäisierung des einstweiligen Rechtsschutzes von der Sach- und Vollzugskompetenz . . . . .	184
aa) Alleinige Zuständigkeit der EG für einstweiligen Rechtsschutz bei gemeinschaftseigenem Vollzug . . . . .	185
bb) Alleinige Zuständigkeit des Mitgliedstaates für einstweiligen Rechtsschutz bei mitgliedstaatlichem Vollzug von nationalem Recht . . . . .	185

cc) Zuständigkeit des Mitgliedstaates und der EG für einstweiligen Rechtsschutz bei mitgliedstaatlichem Vollzug von Gemeinschaftsrecht . . . . .	186
b) Überwindung des Suspensiveffekts des § 80 Abs. 1 VwGO . . . . .	188
aa) Der Ausgangspunkt: Behinderung der Verwirklichung von Gemeinschaftsrecht durch die aufschiebende Wirkung . . . . .	188
bb) Die Reaktion: Beseitigung des Suspensiveffekts als Ergebnis gemeinschaftsrechtlicher Einwirkung . . . . .	189
c) Modifizierung des Prüfungsmaßstabs verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen . . . . .	190
aa) Der Ausgangspunkt: Konflikt zwischen gemeinschaftsrechtlicher Rechtsschutzgarantie und Verwerfungsmonopol des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	191
bb) Die Reaktion: Zulassung verwaltungsgerichtlicher Inzidentverwerfung bei Übernahme des gemeinschaftsgerichtlichen Entscheidungsmaßstabs . . . . .	193
5. Konsequenzen der Europäisierung des verwaltungsprozessualen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	196
a) Veränderung der Struktur des verwaltungsprozessualen Eilrechtsschutzes . . . . .	196
b) Duales System des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	198
aa) Begriff und Merkmale eines dualen Eilrechtsschutzes . . . . .	198
bb) Einwände gegen einen dualen Eilrechtsschutz . . . . .	199

## 2. Teil

### Ansätze zur Überwindung der Probleme des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes

201

5. Kapitel: Maßnahmen des Gesetzgebers . . . . .	202
A. Gescheiterter Erlass einer einheitlichen Verwaltungsprozessordnung . . . . .	202
I. Entstehungsgeschichte . . . . .	202
1. „Große“ oder „kleine“ Lösung . . . . .	202
2. Argumente für und gegen die damals beabsichtigte Vereinheitlichung . . . . .	204
II. Struktur der Entwurfsfassungen . . . . .	205
1. Speyerer Entwurf eines Verwaltungsgerichtsgesetzes . . . . .	205
2. Entwurf einer Verwaltungsprozessordnung durch den Koordinierungsausschuss . . . . .	206
3. Regierungsentwurf einer Verwaltungsprozessordnung . . . . .	208

III. Gründe für das Scheitern einer einheitlichen Verwaltungsprozessordnung . . . . .	209
1. Rechtspolitischer Paradigmenwechsel . . . . .	209
2. Grundsätzliche Zweifel am Nutzen einer solchen Vereinheitlichung . . . . .	210
IV. Aktuelle Relevanz dieser Vereinheitlichungsversuche . . . . .	211
1. Bedeutung für das Verständnis der geltenden Regelungen des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	212
2. Bedeutung für die Beurteilung künftiger Vereinheitlichungsvorhaben . . . . .	213
<i>B. Änderungen der Verwaltungsgerichtsordnung –     Ausweg oder Sackgasse?</i> . . . . .	215
I. Punktuelle Modifizierungen des einstweiligen Rechtsschutzes in der Anfangszeit . . . . .	215
1. Anerkennung der einstweiligen Anordnung in Normenkontrollverfahren . . . . .	215
2. Beseitigung des einseitigen Beschwerdeausschlusses . . . . .	216
II. Grundlegende Änderungen des einstweiligen Rechtsschutzes durch das 4. VwGO-Änderungsgesetz . . . . .	217
1. Neufassung des Abänderungsverfahrens gemäß § 80 Abs. 7 VwGO . . . . .	217
2. Regelung des einstweiligen Rechtsschutzes bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung gemäß § 80 Abs. 1 S. 2, § 80 a VwGO . . . . .	219
III. Beschleunigung des einstweiligen Rechtsschutzes durch spätere Novellierungen . . . . .	221
1. Einschränkung der Rechtsmittel durch das Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege . . . . .	221
2. Erhebliche Verkürzung des Eilrechtsschutzes durch das 6. VwGO-Änderungsgesetz . . . . .	223
a) Erweiterung der Befugnis zum gesetzlichen Ausschluss der aufschiebenden Wirkung gemäß § 80 Abs. 2 VwGO . . . . .	223
b) Begrenzung der Dauer der aufschiebenden Wirkung durch § 80 b VwGO . . . . .	225
c) Einschränkung des Beschwerderechts durch das Erfordernis vorheriger Zulassung nach § 146 Abs. 4 VwGO a. F. . . . .	227
3. Erleichterung der Beschwerde durch das Rechtsmittelbereinigungsgesetz . . . . .	228
IV. Fazit: Verschärfung der Probleme des verwaltungsprozessualen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	229
<i>C. Renaissance des Vereinheitlichungsgedankens</i> . . . . .	231
I. Begriff und Formen einer Homogenisierung . . . . .	231
1. Definition der Homogenisierung . . . . .	231

2. Institutionelle Homogenisierung . . . . .	232
3. Prozessuale Homogenisierung . . . . .	233
II. Zusammenführung der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten . . . . .	233
1. Das 7. SGG-Änderungsgesetz . . . . .	234
a) Befristete Wahrnehmung einzelner sozialgerichtlicher Angelegenheiten durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	234
b) Verfassungsmäßigkeit dieser Öffnungsklausel . . . . .	235
c) Zweckmäßigkeit dieser Öffnungsklausel . . . . .	237
2. Der Entwurf eines Zusammenführungsgesetzes . . . . .	237
a) Dauerhafte Zusammenführung öffentlich-rechtlicher Fachgerichtsbarkeiten . . . . .	237
b) Prospektive Vor- und Nachteile der geplanten Zusammenführung . . . . .	238
c) Verfassungsrechtliche Anforderungen . . . . .	239
III. Vereinheitlichung der Verfahrensordnungen . . . . .	240
1. Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Prozessrechts . . . . .	240
2. Argumente für eine einheitliche Verfahrensordnung . . . . .	242
3. Einwände gegen diesen Ansatz . . . . .	242
IV. Fazit: Angleichung einzelner Regelungen und Stärkung ihrer dirigistischen Kraft statt Vereinheitlichung der Prozessordnungen . . . . .	245
 6. Kapitel: Beitrag der Rechtsprechung . . . . .	248
A. Stabilisierungspotenzial der höchstrichterlichen Rechtsprechung . . . . .	248
I. Begriff und Bezugspunkte einer Stabilisierung gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	248
1. Definition des Stabilisierungsbegriffs . . . . .	248
2. Stabilisierung des Entscheidungsergebnisses . . . . .	249
3. Stabilisierung des Entscheidungsvorgangs . . . . .	250
II. Stabilisierung gerichtlicher Entscheidungsprozesse als Folge judikatorischer Steuerung . . . . .	251
1. Rechtliche Steuerung als Grundbedingung einer Stabilisierung richterlicher Entscheidungsfindung . . . . .	251
2. Dirigistische Kraft der gerichtlichen Entscheidung als Voraussetzung judikatorischer Steuerung . . . . .	251
3. Bindung anderer Spruchkörper als Voraussetzung judikatorischer Steuerung . . . . .	252
III. Besondere Stabilisierungswirkung der höchstrichterlichen Rechtsprechung . . . . .	253
B. Richterliche Leitsätze für den einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	254
I. In Bezug auf die aufschiebende Wirkung . . . . .	255

1. Sicherungsfunktion des Suspensiveffekts . . . . .	255
2. Regelcharakter des Suspensiveffekts . . . . .	256
3. Qualifizierung des Suspensiveffekts als Hemmung der Vollziehung des angefochtenen Verwaltungsaktes . . . . .	257
4. Wegfall des Suspensiveffekts mit Unanfechtbarkeit des Verwaltungsaktes . . . . .	259
II. Im Verhältnis von einstweiligem Rechtsschutz und Rechtsschutz in der Hauptsache . . . . .	260
1. Prinzipielle Eigenständigkeit beider Verfahren . . . . .	260
2. Partielle Abhängigkeit des einstweiligen Rechtsschutzes vom Rechtsschutz in der Hauptsache . . . . .	261
3. Grundsätzliches Verbot einer Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	263
III. Beim Zusammenwirken von einstweiligem Rechtsschutz und materiellem Recht . . . . .	265
1. Verhinderung vollendeter Tatsachen . . . . .	265
2. Summarische Prüfung . . . . .	267
a) Bei verwaltungsgerichtlicher Aussetzungsentscheidung . . . . .	267
b) Bei verwaltungsgerichtlicher Anordnungsentscheidung . . . . .	268
3. Abhängigkeit der Prüfungsintensität von der Eingriffsintensität . . . . .	269
a) Bei verwaltungsgerichtlicher Aussetzungsentscheidung . . . . .	269
b) Bei verwaltungsgerichtlicher Anordnungsentscheidung . . . . .	270
IV. In Bezug auf die Rechtsnatur der Eilentscheidung . . . . .	271
1. Qualifizierung der Aussetzungsentscheidung als Ermessens- entscheidung . . . . .	271
2. Kontroverse Aussagen zur Rechtsnatur der Anordnungs- entscheidung . . . . .	271
C. Fortbestehende Steuerungsdefizite der Rechtsprechung . . . . .	273
V. Fehlen einer umfassenden, konsistenten Konzeption des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	273
VI. Vernachlässigung einer Systembildung . . . . .	274
1. Notwendigkeit systematischer Rechtsprechung . . . . .	274
2. Defizite bei der Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	275
VII. Unzureichende Homogenisierung der Rechtsschutzgewährung . . . . .	276
1. Notwendigkeit homogener Rechtsprechung . . . . .	276
a) Begriff der Homogenisierung . . . . .	277
b) Rechtfertigung der Homogenisierung . . . . .	277
c) Abgrenzung der Homogenisierung . . . . .	279
d) Homogenisierung und Rechtsschutzformrisiko . . . . .	280
e) Grenzen der Homogenisierung . . . . .	281
2. Defizite bei der Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	282
VIII. Mangelnde Gesetzesakzessorietät einzelner richterlicher Leitsätze . . . . .	283
IX. Fazit . . . . .	284

7. Kapitel: Vorschläge der Rechtswissenschaft . . . . .	285
A. Übernahme der Lösungsansätze des zivilprozessualen Eilrechtsschutzes . . . . .	285
I. Prinzipielle Rechtfertigung dieser Vorgehensweise . . . . .	285
II. Die Konzeption von Fritz Baur . . . . .	286
1. Gegenstand, Gründe und Ziele der Untersuchung . . . . .	286
2. Methodischer Ansatz: Differenzierung zwischen primärem und sekundärem einstweiligem Rechtsschutz . . . . .	287
a) Definition von primärem und sekundärem einstweiligem Rechtsschutz . . . . .	287
b) Geltungsbereiche von primärem und sekundärem einstweiligem Rechtsschutz . . . . .	287
3. Folgen dieser Unterscheidung . . . . .	288
a) Für das Verhältnis von einstweiligem Rechtsschutz und materiellem Recht . . . . .	288
aa) Prinzipielle Anerkennung einer Verbindung zwischen einstweiligem Rechtsschutz und materiellem Recht . . . . .	288
bb) Abgestufte Bindung der Entscheidungsvoraussetzungen an das materielle Recht . . . . .	289
cc) Abgestufte Bindung des Entscheidungsinhalts an das materielle Recht . . . . .	289
b) Für das Verhältnis von einstweiligem Rechtsschutz und Rechtsschutz in der Hauptsache . . . . .	290
4. Beurteilung dieser Konzeption . . . . .	291
a) Grundsätzliche Einwände gegen die Unterscheidung zwischen primärem und sekundärem einstweiligem Rechtsschutz . . . . .	291
b) Weitere Bedenken gegen die Folgen dieser Unterscheidung . . . . .	293
aa) Ablehnung divergierender Entscheidungsvoraussetzungen . . . . .	293
bb) Ablehnung eines Nexus zwischen der Bindung des Entscheidungsinhalts an das materielle Recht und der Art des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	294
5. Fazit . . . . .	295
III. Die Konzeption von Dieter Leipold . . . . .	295
1. Gegenstand und Ziele der Untersuchung . . . . .	295
2. Methodischer Ansatz: Differenzierung zwischen offener Interessenabwägung und materiell-akzessorischer Prüfung . . . . .	297
a) Das Grundproblem: Eilbedürftigkeit und materiell-rechtliche Bindung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	297
b) Geringe Bedeutung materiellen Zwischenrechts für die Lösung dieses Konflikts . . . . .	298
c) Unterscheidung zwischen interessenabwägender und materiell-akzessorischer Eilentscheidung als Schlüssel für die Konfliktlösung . . . . .	298
aa) Definition dieser Entscheidungsmodelle . . . . .	298

bb) Begründung und Geltungsbereich dieser Entscheidungsmodelle . . . . .	299
3. Folgen dieser Unterscheidung . . . . .	300
a) Dualer Entscheidungsmaßstab im verwaltungsgerichtlichen Aussetzungs- und Anordnungsverfahren . . . . .	300
b) Faktisches Primat des interessenabwägenden Entscheidungsmaßstabs . . . . .	301
4. Beurteilung dieser Konzeption . . . . .	302
a) Einwände gegen den Dualismus von interessenabwägendem und materiell-akzessorischem Entscheidungsmaßstab . . . . .	302
b) Bedenken gegen die Zurückdrängung des materiellen Rechts . . . . .	302
c) Vernachlässigung der Steuerungskraft prozessualen Zwischenrechts . . . . .	303
5. Fazit . . . . .	304
<i>B. Entwicklung eigenständiger öffentlich-rechtlicher Lösungsansätze für den einstweiligen Rechtsschutz . . . . .</i>	<i>304</i>
I. Prinzipielle Rechtfertigung dieser Vorgehensweise . . . . .	304
II. Die Konzeption von Friedrich Schoch . . . . .	305
1. Gegenstand und Ziele der Untersuchung . . . . .	305
2. Methodischer Ansatz: Interpretation der Regelungen des einstweiligen Rechtsschutzes unter dem Aspekt der Risikoverteilung . . . . .	308
a) Anknüpfungspunkt und Bedeutung des Gesichtspunkts der Risikoverteilung . . . . .	308
b) Ermittlung der Verteilung des Risikos aufgrund der klassischen Regeln der Normauslegung . . . . .	310
3. Folgen dieses Ansatzes . . . . .	310
a) Neubestimmung der Funktionen des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	311
aa) Sicherungsfunktion . . . . .	311
bb) Interimistische Befriedungsfunktion . . . . .	311
cc) Verhältnis zwischen diesen Rechtsschutzfunktionen . . . . .	312
b) Eingeschränkte dirigistische Kraft der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG . . . . .	312
c) Ablehnung überkommener Topoi des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	313
aa) Prinzipieller Einwand der Gesetzesinakzessorietät . . . . .	313
bb) Weitere Bedenken gegen einzelne Topoi . . . . .	313
(1) Fehlender eigenständiger rechtlicher Aussagegehalt faktischer Irreparabilität . . . . .	313
(2) Ablehnung eines prinzipiellen Verbots der Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	314
(3) Einseitige Privilegierung des Status quo . . . . .	315
d) Entwicklung gesetzesakzessorischer Strukturprinzipien . . . . .	315

aa)	Akzessorietät des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes zum materiellen Recht . . . . .	316
(1)	Konnexität zwischen Rechtsschutzgewährung und materiellem Recht . . . . .	316
(2)	Dienende Funktion des Verfahrensrechts gegenüber dem materiellen Recht . . . . .	317
bb)	Akzessorietät des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes zum Hauptsacherechtsschutz . . . . .	317
e)	Funktionsidentität von Aussetzungs- und Anordnungsverfahren trotz Konstruktionsdisparität . . . . .	318
4.	Einwände gegen diese Konzeption . . . . .	318
a)	Lediglich heuristische Funktion des methodischen Ansatzes der Risikoverteilung . . . . .	319
b)	Verkürzung der Bedeutung der Dogmatik auf eine dienende Funktion bei der Systembildung . . . . .	320
c)	Unzureichende Erfassung der dirigistischen Kraft verfassungsrechtlicher Vorgaben . . . . .	321
d)	Ungeklärter Einfluss des Faktors „Zeit“ auf die Entscheidung . . . . .	322
III.	Die Konzeption von Markus Pöcker . . . . .	322
1.	Gegenstand und Ziele der Untersuchung . . . . .	323
2.	Methodischer Ansatz: Substitution des Regelungskonzepts des § 80 VwGO durch ein materiell-rechtliches Steuerungsmodell . . . . .	323
a)	Partielle Unwirksamkeit des § 80 VwGO . . . . .	324
b)	Ausfüllung dieser Regelungslücke durch fallgruppenspezifisches Zwischenrecht . . . . .	325
3.	Kritik an dieser Konzeption . . . . .	326
a)	Aushöhlung der Rechtssatzbindung . . . . .	326
b)	Fehlende Steuerungsdimension materiellen Rechts als prozessuales Zwischenrecht . . . . .	328
c)	Rechtsunsicherheit . . . . .	329
C.	Fazit . . . . .	329

### 3. Teil

#### Konzeption einer rechtsdogmatischen Steuerung des einstweiligen Rechtsschutzes

331

8. Kapitel:	Begründung, Bedingungen und Merkmale eines rechtsdogmatischen Steuerungsansatzes . . . . .	332
A.	Defizite der Steuerung verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen . . . . .	332
I.	Unzureichende Festlegungen in der Verwaltungsgerichtsordnung . . . . .	332



II. Unklarheiten beim Zusammenwirken von Gemeinschaftsrecht, Verfassungsrecht und einfachgesetzlichen Regelungen . . . . .	333
III. Ungenügende Differenzierung hinsichtlich der dirigistischen Kraft rechtlicher Vorgaben . . . . .	334
IV. Fehlsteuerung durch Gesetzesinakzessorische richterliche Leitsätze . .	334
V. Inadäquate Erfassung tatsächlicher Elemente im Rahmen des gerichtlichen Entscheidungsprozesses . . . . .	335
<i>B. Bewertung herkömmlicher Ansätze einer Steuerung verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen . . . . .</i>	<i>336</i>
I. Norminterpretation anhand der klassischen Auslegungsregeln . . . . .	336
1. Kanon der klassischen Auslegungsregeln . . . . .	336
2. Steuerungstheoretische Bedeutung richterlicher Normauslegung für die Entscheidungsfindung . . . . .	338
a) Ermittlung der normativen Vorgaben als Ziel der Auslegung . .	338
b) Zusammenhang zwischen der Subsumtion als maßgeblicher Rechtsgewinnungsmethode und dem Erkenntnis- und Steuerungspotenzial der klassischen Auslegungskriterien . . . . .	342
3. Methodisch bedingte Erkenntnis- und Steuerungsdefizite der klassischen Auslegungsregeln . . . . .	343
a) Partielles Versagen bei defizitären normativen Vorgaben . . . . .	343
b) Unzureichende Berücksichtigung von Präjudizien bei der Entscheidungsfindung . . . . .	344
c) Vernachlässigung der dirigistischen Kraft von Tatsachen für den Entscheidungsprozess . . . . .	345
4. Probleme infolge des unklaren Verhältnisses zwischen verschiedenen klassischen Auslegungsregeln . . . . .	346
5. Schwächen einzelner klassischer Auslegungsregeln . . . . .	348
a) Grammatische Auslegung . . . . .	348
aa) Bedeutung . . . . .	348
bb) Spezifische Probleme und daraus resultierende Erkenntnis- und Steuerungsdefizite . . . . .	349
(1) Maßgeblichkeit des Wortlauts oder des möglichen Wortsinns? . . . . .	349
(2) Unbestimmtheit oder Mehrdeutigkeit des Wortlauts . .	350
b) Systematische Auslegung . . . . .	350
aa) Bedeutung . . . . .	350
bb) Spezifische Probleme und daraus resultierende Erkenntnis- und Steuerungsdefizite . . . . .	352
(1) Fehlende Abstimmung zwischen gleichrangigen Regelungen . . . . .	352
(2) Unklarheiten beim Zusammenwirken von Rechtssätzen verschiedenen Ursprungs und Rangs . . . . .	353
c) Historische, genetische und teleologische Auslegung . . . . .	354
aa) Bedeutung . . . . .	354

bb) Spezifische Probleme und daraus resultierende Erkenntnis- und Steuerungsdefizite . . . . .	356
(1) Bei genetischer und historischer Auslegung . . . . .	356
(2) Bei teleologischer Auslegung . . . . .	358
6. Fazit: Klassische Auslegungsregeln als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung rechtlicher Steuerung . . . . .	359
II. Topische Entscheidungsfindung . . . . .	360
1. Zu den Begriffen „Topos“ und „Topik“ . . . . .	360
2. Begründung topischer Entscheidungsfindung . . . . .	361
3. Merkmale topischer Entscheidungsfindung . . . . .	361
a) Problembezogenheit . . . . .	362
b) Konsens und Akzeptanz . . . . .	362
4. Einwände gegen eine Steuerung verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen durch Topoi . . . . .	362
a) Übersteigerung des Problembezugs . . . . .	362
b) Vernachlässigung der Bindungswirkung von Rechtsnormen . . . . .	363
c) Überbewertung des Kriteriums der Akzeptanz . . . . .	364
d) Negierung des Nutzens systematischer Ableitungen . . . . .	364
5. Fazit: Ablehnung einer topischen Steuerungskonzeption . . . . .	365
III. Systemtheoretische Steuerung rechtlicher Entscheidungen . . . . .	365
1. Ableitung und Merkmale dieser Steuerungskonzeption . . . . .	365
2. Einwände gegen diesen Ansatz . . . . .	366
3. Fazit: Übernahme systemtheoretischer Steuerungsgrundsätze – ein Irrweg . . . . .	367
C. Anforderungen an ein neues Steuerungsmodell . . . . .	367
I. Stärkere Einbindung tatsächlicher Umstände in den gerichtlichen Entscheidungsprozess . . . . .	368
II. Angemessene Verarbeitung der unterschiedlichen rechtlichen Vorgaben im Rahmen der gerichtlichen Entscheidung . . . . .	368
III. Harmonisierung der Einwirkungen des Gemeinschaftsrechts und des nationalen Rechts . . . . .	369
IV. Überprüfung richterlicher Leitsätze und Kriterien . . . . .	370
V. Feinsteuerung innerhalb gerichtlicher Entscheidungsspielräume . . . . .	372
D. Bedeutung der Rechtsdogmatik für die Steuerung gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	375
I. Notwendigkeit eines veränderten Verständnisses der Rechtsdogmatik . . . . .	376
1. Mehrdeutigkeit der Begriffe „Dogmatik“ und „Rechtsdogmatik“ . . . . .	376
2. Entstehungsgeschichtliche Gründe für ein verengtes Begriffsverständnis . . . . .	376
3. Bestrebungen in der Rechtswissenschaft zur Öffnung und Flexibilisierung der Rechtsdogmatik . . . . .	378
a) Gleichsetzung von Rechtsdogmatik und Jurisprudenz . . . . .	378

b) Verständnis der Rechtsdogmatik als systematische Rechtsfindung . . . . .	378
c) Definition der Rechtsdogmatik anhand ihrer gesetzesunabhängigen Bindungswirkung . . . . .	379
d) Definition der Rechtsdogmatik anhand ihrer normativen Bindungswirkung . . . . .	380
4. Bewertung dieser Vorschläge . . . . .	380
5. Vorzugswürdige Definition der Rechtsdogmatik anhand ihres gesetzesverschiedenen Erkenntnis- und Steuerungspotenzials . . . . .	381
II. Grundlegende Unterscheidung zwischen Sätzen der und Sätzen durch Rechtsdogmatik . . . . .	383
1. Rechtssätze und Rechtsakte als Bestandteile des Rechts . . . . .	384
a) Definition von Rechtssätzen . . . . .	384
b) Rechtssätze und Rechtsnormen . . . . .	385
c) Einordnung von Rechtsakten als Recht . . . . .	386
2. Qualifizierung rechtsdogmatischer Sätze als Rechtsaussagesätze . . . . .	387
3. Qualifizierung rechtsdogmatisch legitimierter Sätze als Rechtsfindungsleitsätze . . . . .	389
III. Rechtsdogmatisches Vorgehen als Erkenntnis- und Steuerungsprozess . . . . .	391
E. <i>Abhängigkeit des Erkenntnis- und Steuerungspotenzials der Rechtsdogmatik von der Methode der Rechtsgewinnung</i> . . . . .	391
I. Zusammenhang zwischen Rechtsdogmatik und rechtsmethodischem Vorverständnis . . . . .	391
II. Erzeugung von Recht durch rechtssatzgeleitete Konkretisierung . . . . .	393
1. Ausgangspunkt: Schwächen einer Entscheidungsfindung durch Syllogismus und Subsumtion . . . . .	394
2. Rechtsmethodische Versuche einer stärkeren Einbeziehung von Tatsachen in die Rechtsgewinnung . . . . .	396
a) Hermeneutische Konkretisierung . . . . .	397
b) Normstrukturelle Konkretisierung . . . . .	399
3. Grundproblem: Gefährdung der Rechtssatzbindung durch richterliche Rechtskonkretisierung . . . . .	403
4. Lösungsvorschlag: Rechtsgewinnung durch rechtssatzgeleitete Rechtskonkretisierung . . . . .	403
a) Rechtfertigung dieses rechtsmethodischen Ansatzes . . . . .	403
b) Sicherung der Rechtssatzbindung durch den Wortlaut und die Kernelemente der Rechtsnorm . . . . .	406
aa) Wortlaut einer Rechtsnorm . . . . .	407
bb) Kernelemente einer Rechtsnorm . . . . .	410
cc) Komplementäres Zusammenwirken von Wortlaut und Kernelementen bei der Sicherung der Rechtssatzbindung . . . . .	412
c) Berücksichtigung tatsächlicher und sonstiger rechtlicher Elemente im Rahmen des Konkretisierungsprozesses . . . . .	413

aa) Normative Gewährleistungselemente, Präjudizien und Tatsachen als Rechtsgewinnungsmaterial . . . . .	413
bb) Einfluss auf die richterliche Entscheidungsfindung . . . . .	414
III. Erkenntnis- und Steuerungspotenzial der Rechtsdogmatik bei richterlicher Rechtsgewinnung . . . . .	415
1. Dienende Funktion der Rechtsdogmatik bei richterlicher Entscheidungsfindung durch rechtssatzgeleitete Rechtskonkretisierung . . . . .	415
2. Aussagen zum Einfluss des Rechtsgewinnungsmaterials auf die gerichtliche Entscheidung . . . . .	418
a) Rechtssätze . . . . .	418
aa) Verfassungsrechtliche und rechtsmethodische Begründung der Rechtssatzbindung . . . . .	418
bb) Festlegung der bindenden Rechtssätze . . . . .	419
(1) Qualifizierung als „Gesetz“ oder „Recht“ gemäß Art. 20 Abs. 3 Hs. 2 GG . . . . .	419
(2) Ausgrenzung von Richterrecht . . . . .	420
cc) Externe und interne Strukturierung normativer Vorgaben . . . . .	422
b) Präjudizien . . . . .	423
aa) Begriff . . . . .	424
bb) Merkmale . . . . .	424
(1) Gerichtliche Entscheidung . . . . .	424
(2) Verbindlichkeitsanspruch der Entscheidung . . . . .	425
(3) Verallgemeinerungsfähigkeit der Rechtsaussage . . . . .	426
(4) Gleichartigkeit der Entscheidungssituation . . . . .	427
cc) Dirigistische Kraft . . . . .	427
(1) Überblick zum Meinungsstand . . . . .	428
(2) Rechtsdogmatische Ermittlung präsumtiver Bindungswirkung . . . . .	430
c) Tatsachen . . . . .	435
3. Überprüfung und Anerkennung richterlicher Leitsätze . . . . .	436
4. Auswahl der vorzugswürdigen, normativ zugelassenen Entscheidungsalternative . . . . .	436
F. Vorzüge einer rechtsdogmatischen Steuerung . . . . .	437
I. Gegenüber einer Entscheidungsfindung aufgrund der klassischen Regeln der Normauslegung . . . . .	438
II. Gegenüber einer topischen Entscheidungsfindung . . . . .	439
9. Kapitel: Steuerung verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen durch rechtsdogmatisch legitimierte Sätze . . . . .	441
A. Entstehung rechtsdogmatisch legitimierter Sätze . . . . .	441
I. Terminologisches . . . . .	441

II. Richterliche und rechtswissenschaftliche Leitsätze als Grundelemente	
rechtsdogmatisch legitimerter Sätze	442
1. Richterlicher Leitsatz	442
a) Begriff	442
aa) Rechtsdogmatischer Funktionsbegriff	442
bb) Richterliche Leitsätze und allgemeine Rechtsgrundsätze	443
cc) Richterliche Leitsätze und Richterrecht	445
b) Merkmale	446
c) Entstehungsgründe	447
aa) Überzeugungskraft der Aussage	448
bb) Akzeptanz und Konsens	449
cc) Kontinuität der Spruchpraxis	449
dd) Autorität des Gerichts	450
2. Rechtswissenschaftlicher Leitsatz	451
III. Rechtsdogmatische Anerkennung des richterlichen	
oder rechtswissenschaftlichen Leitsatzes	451
1. Voraussetzungen	452
a) Prozedurale Anforderungen	452
b) Inhaltliche Anforderungen	453
2. Folgen	454
a) Ausgrenzung gesetzeswidriger Leitsätze	454
b) Fundierung rechtsadäquater Leitsätze	456
c) Favorisierung normativ zulässiger Entscheidungsalternativen	457
B. <i>Dirigistische Kraft rechtsdogmatisch legitimerter Sätze</i>	
<i>für die verwaltungsgerichtliche Entscheidungsfindung</i>	459
I. Begründung der Bindungswirkung	459
1. Abzulehnende Vorschläge des Schrifttums	459
a) Ableitung der Bindungswirkung aus der Verpflichtung	
zur Rechtsschutzgewährung	460
b) Ableitung der Bindungswirkung aus der Verpflichtung	
zur Gleichbehandlung	461
2. Vorzugswürdige rechtsdogmatische Rechtfertigung	462
II. Inhalt der Bindungswirkung	463
1. Pflicht zur Beachtung und regelmäßigen Befolgung	464
2. Erhöhte Argumentationslast bei Abweichungen	464
III. Abgrenzung der Bindungswirkung	465
1. Gegenüber der Bindung an Rechtssätze	465
2. Gegenüber der Bindung an Präjudizien	466
C. <i>Steuerungspotenzial rechtsdogmatisch legitimerter Sätze</i>	
<i>für den verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz</i>	467
I. Erleichterung der Entscheidungsfindung	468
II. Stabilisierung der Entscheidungsfindung	469
III. Homogenisierung des Entscheidungsergebnisses	471

## 4. Teil

Verfassungsrechtliche Vorgaben für den einstweiligen Rechtsschutz  
473

<i>10. Kapitel: Garantie eines adäquaten Rechtsschutzes</i>	
<i>durch Art. 19 Abs. 4 GG</i> . . . . .	474
<i>A. Geltungsbereich und Inhalt des Art. 19 Abs. 4 GG</i> . . . . .	474
I. Normstruktur . . . . .	474
II. Personeller Geltungsbereich . . . . .	475
III. Sachlicher Geltungsbereich . . . . .	476
1. Subjektive Rechte . . . . .	476
2. Rechtsverletzung . . . . .	478
3. Durch die öffentliche Gewalt . . . . .	480
a) Allgemeines . . . . .	480
b) Ausübung öffentlicher Gewalt bei privatrechtlichem Handeln der Exekutive . . . . .	481
c) Rechtsprechung als öffentliche Gewalt . . . . .	483
d) Ausübung öffentlicher Gewalt beim Vollzug von Gemeinschaftsrecht durch nationale Stellen . . . . .	487
IV. Rechtsfolgen . . . . .	488
<i>B. Ausdehnung der Rechtsschutzgewährleistungen</i> <i>des Art. 19 Abs. 4 GG aufgrund von Vorwirkungen</i> . . . . .	489
I. Verbreitete Annahme von Vorwirkungen der Rechtsschutzgarantie . . . . .	489
II. Strenge Anforderungen für die Anerkennung solcher Vorwirkungen . . . . .	490
<i>C. Übersteigerung der dirigistischen Kraft des Art. 19 Abs. 4 GG</i> <i>aufgrund des Topos der Rechtsschutzeffektivität</i> . . . . .	490
I. Verständnis des Art. 19 Abs. 4 GG als Gebot eines effektiven Rechtsschutzes . . . . .	491
1. Begründung des Effektivitätsgebots . . . . .	491
2. Inhalt des Effektivitätsgebots . . . . .	492
II. Tendenz des Effektivitätsgebots zur Rechtsschutzoptimierung . . . . .	493
III. Konstitutionalisierung des einstweiligen Rechtsschutzes als Konsequenz . . . . .	494
1. Begriff und Erscheinungsformen einer Konstitutionalisierung . . . . .	494
2. Kritik . . . . .	495
<i>D. Forderung nach adäquatem statt effektivem Rechtsschutz</i> . . . . .	497
I. Einwände gegen die Interpretation des Art. 19 Abs. 4 GG als Effektivitätsgebot . . . . .	497
1. Effektivität als wesensimmanentes Merkmal jeder Normkonkretisierung . . . . .	497

2. Rechtsschutzeffektivität – ein instrumentalisierbarer Topos . . . . .	498
3. Einseitige Ausrichtung des Effektivitätsgebots auf das Verhältnis zwischen Bürger und Staat . . . . .	499
4. Gefahr einer Überhöhung des Effektivitätsgebots zu einem Optimierungsgebot . . . . .	500
II. Vorzugswürdiges Verständnis des Art. 19 Abs. 4 GG als Garantie eines adäquaten Rechtsschutzes . . . . .	502
1. Inhalt . . . . .	502
2. Verhältnis zur Garantie eines ausgewogenen Rechtsschutzes . . . . .	502
<i>E. Gefährdung der Rechtsschutzadäquanz aufgrund der Normprägung des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .</i>	<i>503</i>
I. Qualifizierung der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG als normgeprägtes Grundrecht . . . . .	503
II. Gefährdungspotenzial der Normprägung . . . . .	504
III. Vorkehrungen zur Sicherung der dirigistischen Kraft des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	505
1. Verfassungsrechtliche Determinierung der Gesetzesabhängigkeit . . . . .	505
2. Differenzierung zwischen den Normebenen . . . . .	506
<i>F. Rechtsschutzadäquanz durch rechtsdogmatische Strukturierung der Rechtsschutzgewährleistungen . . . . .</i>	<i>508</i>
I. Externe Strukturierung der Rechtsschutzvorgaben des Grundgesetzes . . . . .	509
1. Allgemeines . . . . .	509
2. Vorrang des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	510
a) Gegenüber den Rechtsschutzgewährleistungen des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	510
b) Gegenüber dem allgemeinen Justizgewährungsanspruch . . . . .	510
3. Indizierung und Absicherung essenzieller Rechtsschutz- standards des Art. 19 Abs. 4 GG durch das Rechtsstaatsprinzip . . . . .	512
4. Ergänzung des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	512
a) Durch Prozessgrundrechte . . . . .	513
aa) Recht auf den gesetzlichen Richter nach Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG . . . . .	513
bb) Recht auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG . . . . .	514
b) Durch justizverfassungsrechtliche Gewährleistungen der Art. 92 und 97 GG . . . . .	515
c) Grundzüge des komplementären Zusammenwirkens . . . . .	515
5. Kompensation von Rechtsschutzlücken des Art. 19 Abs. 4 GG durch den allgemeinen Justizgewährungsanspruch . . . . .	517
a) Bei zivilrechtlichen Streitigkeiten . . . . .	517
b) Bei Rechtsschutz gegen den Richter . . . . .	518
6. Begrenzungen und Beschränkungen des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	518

II. Interne Strukturierung der Rechtsschutzelemente des Art. 19 Abs. 4 GG	520
1. Rechtsdogmatische Unterscheidung zwischen Kern- und Gewährleistungselementen als Grundlage einer Binnenstrukturierung	521
2. Folgen dieser Differenzierung für den Einfluss des Art. 19 Abs. 4 GG auf die verwaltungsgerichtliche Entscheidungsfindung	523
 <i>11. Kapitel: Gewährleistungen des Art. 19 Abs. 4 GG für den einstweiligen Rechtsschutz</i>	 524
A. Konkretisierung der Rechtsschutzgewährleistungen durch das Bundesverfassungsgericht	524
I. Konkretisierungskompetenz des Bundesverfassungsgerichts	525
II. Bindung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungsfindung an verfassungsgerichtliche Konkretisierungsentscheidungen	528
III. Verfassungs- und Gesetzesbindung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungsfindung	532
B. Gewährleistungen der Rechtsschutzelemente	534
I. Individualrechtsschutz durch staatliche Gerichte	534
1. Inhalt und Ausprägungen dieses Rechtsschutzelements	534
a) Subjektiver Rechtsschutz	534
b) Gerichtlicher Rechtsschutz	535
c) Zugang zu Gericht	536
d) Rechtswegklarheit und Rechtsmittelklarheit	537
2. Bezugspunkte zum verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz	537
a) Antragstellung, Antragsbefugnis und Entscheidungsmaßstab	537
b) Zulassung von Rechtsmitteln, Übertragung auf den Einzelrichter	539
II. Materiell-akzessorischer Rechtsschutz	539
1. Inhalt dieses Rechtsschutzelements	539
2. Bezugspunkte zum verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz	541
a) Statthafte Rechtsschutzform	541
b) Berücksichtigung der Erfolgsaussichten in der Hauptsache im Rahmen des Prüfungsmaßstabs	542
c) Vorlagepflicht nach Art. 100 Abs. 1 GG im Eilverfahren	543
III. Rechtmäßiger Rechtsschutz	543
1. Inhalt dieses Rechtsschutzelements	543
2. Bezugspunkte zum verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz	545
a) Mündliche Verhandlung und rechtliches Gehör	545
b) Möglichkeit einer Korrektur rechtswidriger Eilrechtsschutzentscheidungen	546



IV. Rechtzeitiger Rechtsschutz . . . . .	547
1. Inhalt dieses Rechtsschutzelements . . . . .	547
2. Bezugspunkte zum verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz . . . . .	548
a) Der Topos der Eilbedürftigkeit . . . . .	548
b) Der Topos einer Verhinderung des Eintritts vollendeter Tatsachen . . . . .	549
c) Der Topos eines Verbots der Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	550
V. Lückenloser Rechtsschutz . . . . .	550
1. Inhalt dieses Rechtsschutzelements . . . . .	550
2. Ergänzung durch die Forderung wirksamen Rechtsschutzes . . . . .	551
3. Bezugspunkte zum verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz . . . . .	553
a) Auffangfunktion des § 123 VwGO . . . . .	553
b) Ausreichende Entscheidungsbefugnisse des Gerichts . . . . .	553
c) Ausreichende Rechtswirkungen der Entscheidung . . . . .	554
C. Zusammenwirken der Rechtsschutzelemente . . . . .	555
I. Komplementäres Zusammenwirken der Kernelemente der Rechtsschutzgewährleistungen . . . . .	555
II. Konkordantes Zusammenwirken der Gewährleistungselemente der Rechtsschutzgewährleistungen . . . . .	556
III. Auswirkungen auf die dirigistische Kraft der Rechtsschutzgarantie . . . . .	557

### 5. Teil

## Erkenntnis- und Steuerungspotenzial der Rechtsdogmatik für den verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz

559

<i>12. Kapitel: Rechtsdogmatische Bestimmung der Funktionen des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .</i>	<i>560</i>
A. Unterscheidung zwischen Sicherungsfunktion und interimistischer Befriedungsfunktion . . . . .	560
I. Grundlegungen durch das Bundesverfassungsgericht . . . . .	560
II. Weitere Differenzierungen durch die Rechtswissenschaft . . . . .	561
B. Fortbestehende Unklarheiten . . . . .	562
I. Verhältnis zwischen Sicherungsfunktion und interimistischer Befriedungsfunktion . . . . .	562
II. Zusammenspiel der Rechtsschutzfunktionen „Sicherung“ und „Offenhaltung“ . . . . .	563
III. Sicherung des subjektiven materiellen Rechts oder des prozessualen Status quo? . . . . .	563

<i>C. Ermittlung der Rechtsschutzfunktionen mit Hilfe des Erkenntnispotenzials der Rechtsdogmatik</i> . . . . .	564
I. Arbeitsteilige Realisierung eines adäquaten Rechtsschutzes durch das Hauptsacheverfahren und das Eilverfahren . . . . .	564
II. Verfassungsrechtliche und tatsächliche Determinanten für die Funktionen des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	566
1. In Bezug auf den Gegenstand des Rechtsschutzes . . . . .	567
2. In Bezug auf die Ursache der Gefährdung adäquaten Rechtsschutzes . . . . .	567
III. Sicherungs- und interimistische Befriedungsfunktion des einstweiligen Rechtsschutzes als Konsequenz dieses Zusammenwirkens . . . . .	568
1. Inhalt der Sicherungsfunktion . . . . .	568
2. Inhalt der interimistischen Befriedungsfunktion . . . . .	569
3. Verhältnis zwischen diesen Funktionen des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	570
 <i>13. Kapitel: Rechtsdogmatisch anerkannte richterliche Struktursätze des einstweiligen Rechtsschutzes</i> . . . . .	571
<i>A. Regelcharakter des Eintritts der aufschiebenden Wirkung</i> . . . . .	572
I. Ablehnung eines verfassungsrechtlichen Regelcharakters der aufschiebenden Wirkung . . . . .	572
1. Vorwirkungen des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	573
2. Beschränkung der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG auf den Sicherungserfolg . . . . .	574
II. Einfachgesetzliche Begründung der aufschiebenden Wirkung als Regelfall . . . . .	576
1. Ableitung des Regelcharakters der aufschiebenden Wirkung durch Interpretation des § 80 Abs. 1 VwGO mit Hilfe der klassischen Auslegungskriterien . . . . .	576
2. Bedeutungsdimensionen der einfachgesetzlichen Regelwirkung . . . . .	579
III. Verfassungsrechtliche Absicherung des regelmäßigen Eintritts der aufschiebenden Wirkung . . . . .	581
1. Ablehnung eines Bestandsschutzes für § 80 Abs. 1 VwGO . . . . .	582
2. Anerkennung verfassungsrechtlichen Schutzes der tatsächlichen Verwirklichung des durch § 80 Abs. 1 VwGO eingeräumten Eilrechtsschutzes . . . . .	582
 <i>B. Akzessorietät des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes zum materiellen Recht</i> . . . . .	583
I. Struktursatz materieller Akzessorietät des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	583
II. Rechtsdogmatische Überprüfung dieses Struktursatzes . . . . .	586

1. Punktuelle Anerkennung materieller Akzessorietät durch §§ 80 bis 80 b und § 123 VwGO . . . . .	586
2. Legitimation materieller Akzessorietät durch die Rechtsschutzgewährleistungen des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	587
III. Konsequenzen dieses Struktursatzes für die Gewährung verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutzes . . . . .	589
<i>C. Konnexität des verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes mit dem Rechtsschutz in der Hauptsache . . . . .</i>	<i>590</i>
I. Konnexität verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutzverfahren . . . . .	591
II. Struktursatz der Eigenständigkeit des Eilrechtsschutzes . . . . .	592
III. Struktursatz der Akzessorietät des Eilrechtsschutzes zum Hauptsacherechtsschutz . . . . .	593
IV. Rechtliche Konnexität und tatsächliche Konvergenz der Rechtsschutzverfahren . . . . .	594
V. Rechtsdogmatische Überprüfung dieser Struktursätze und Ordnung ihres Zusammenwirkens . . . . .	595
1. Rudimentäre einfachgesetzliche Vorgaben . . . . .	595
2. Fragwürdige Topoi . . . . .	596
3. Absicherung der Struktursätze durch rechtsdogmatisch strukturierte Rechtsschutzelemente des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	597
a) Eigenständigkeit des einstweiligen Rechtsschutzes aufgrund seiner spezifischen Schutzfunktion . . . . .	598
b) Akzessorietät des einstweiligen Rechtsschutzes zum Hauptsacherechtsschutz aufgrund der Verknüpfung durch das subjektive materielle Recht . . . . .	599
c) Ausgleich zwischen den gegenläufigen Struktursätzen der Eigenständigkeit und prozessualen Akzessorietät des Eilrechtsschutzes . . . . .	600
VI. Konsequenzen dieser Struktursätze für die Gewährung verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutzes . . . . .	602
1. In Bezug auf das Verhältnis zwischen einstweiligem Rechtsschutz und Rechtsschutz in der Hauptsache . . . . .	602
a) In zeitlicher Hinsicht . . . . .	602
b) In sachlicher Hinsicht . . . . .	603
c) Hinsichtlich des anwendbaren Verfahrensrechts . . . . .	604
2. In Bezug auf die Zulässigkeit des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	604
a) Verwaltungsrechtsweg . . . . .	605
b) Statthafte Form einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	605
c) Antragsbefugnis . . . . .	605
3. In Bezug auf die Begründetheit des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	606
<i>D. Verbot einer Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .</i>	<i>607</i>
I. Struktursatz eines grundsätzlichen Verbots der Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	608

1. Geltungsbereich	608
2. Begründung	611
3. Inhalt	611
4. Durchbrechungen	612
II. Fortbestehende Unklarheiten	615
III. Rechtsdogmatische Überprüfung dieses Struktursatzes	616
1. Fehlen eindeutiger einfachgesetzlicher Festlegungen	616
2. Rechtsdogmatische Ermittlung der rechtlichen und tatsächlichen Bedingungen des Vorwegnahmeverbots	618
a) Arbeitsteilige Realisierung adäquaten Rechtsschutzes durch Anordnungs- und Hauptsacheverfahren	618
b) Funktionelle Begrenzung des Inhalts der einstweiligen Anordnung	619
c) Zwangsläufige interimistische Befriedung durch die einstweilige Anordnung	620
3. Folgen für die Struktur des Vorwegnahmetatbestandes	621
a) Ausgrenzung interimistischer Vorwegnahme	621
b) Ablehnung einer Gleichsetzung von Vorwegnahme und Irreparabilität	622
c) Zwischenergebnis: Endgültige Vorwegnahme der Hauptsache als potenzieller Anwendungsbereich eines Vorwegnahmeverbots	623
4. Folgen für die Struktur des Verbotstatbestandes	624
a) Ausschluss überschießender rechtlicher Vorwegnahme	625
b) Primat der Vermeidung einer Vorwegnahme der Hauptsache	625
c) Notwendige Vorwegnahme der Hauptsache zur Verhinderung dauerhafter Irreparabilität	627
d) Kompensatorische Angleichung des Profils der einstweiligen Anordnung an das der Hauptsacheentscheidung	629
5. Fazit: Verbot einer Vorwegnahme der Hauptsache – ein überflüssiger Topos	630
 <i>14. Kapitel: Bedeutung der Rechtsdogmatik für Prüfungsmaßstab und Prüfungsdichte verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen</i>	 632
A. Prüfungsmaßstab einstweiliger Rechtsschutzentscheidungen	633
I. Meinungsstand	634
1. In Bezug auf den Maßstab der Aussetzungsentscheidung nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO	634
2. In Bezug auf den Maßstab der Anordnungsentscheidung nach § 123 VwGO	638
II. Ermittlung des vorzugswürdigen Entscheidungsmaßstabs mit Hilfe der Rechtsdogmatik	641

1. Erkenntnisse aufgrund der klassischen Regeln der Normauslegung	641
a) Unzureichende gesetzliche Festlegung der Voraussetzungen der Aussetzungsentscheidung nach § 80 Abs. 5 VwGO	641
aa) Entsprechende Anwendbarkeit des § 80 Abs. 4 S. 3 VwGO in den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO	642
bb) Besonderer Entscheidungsmaßstab des § 80 Abs. 4 S. 3 VwGO	643
cc) Keine entsprechende Anwendbarkeit des § 80 Abs. 4 S. 3 VwGO in den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 bis 4 VwGO	646
dd) Anerkennung eines besonderen öffentlichen Vollziehungsinteresses durch § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 3 VwGO	648
ee) Fazit	649
b) Weitreichende gesetzliche Festlegung der Voraussetzungen der Anordnungsentscheidung nach § 123 VwGO	650
aa) Anordnungsanspruch	650
bb) Anordnungsgrund	652
cc) Fazit	654
2. Rechtsdogmatische Strukturierung der Bedingungen und Elemente des Entscheidungsmaßstabs	654
a) Rechtsdogmatisch strukturierte Vorgaben des Art. 19 Abs. 4 GG für den Maßstab der Aussetzungs- und Anordnungsentscheidung	655
b) Rechtsdogmatisch legitimierte Strukturmerkmale des Entscheidungsmaßstabs	656
aa) Materielle Akzessorietät	656
bb) Dringlichkeit der Entscheidung	658
cc) Verhältnis zwischen diesen Entscheidungselementen	660
(1) Strukturelle Trennung und kumulative Geltung	660
(2) Wechselseitige sachliche Beeinflussung	661
(3) Primat des Entscheidungselements der materiellen Akzessorietät im Konfliktfall	663
3. Folgen für den Prüfungsmaßstab der verwaltungsgerichtlichen Eilentscheidung	665
a) Rechtmäßigkeit der behördlichen Vollziehungsanordnung	666
aa) Begründung dieses Prüfungskriteriums	666
bb) Formelle und materielle Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung als Gegenstand der Prüfung	667
cc) Gerichtliche Aufhebung rechtswidriger Vollziehungsanordnung als mögliche Folge der Prüfung	670
b) Erfolgsaussichten in der Hauptsache	671
aa) Begründung dieses Prüfungskriteriums	672
(1) Bei Sicherungs- und Regelungsanordnung	672

(2) Bei gerichtlicher Anordnung der aufschiebenden Wirkung in den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO . . . . .	673
(3) Bei gerichtlicher Anordnung der aufschiebenden Wirkung in den Fällen des § 80 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 und 3 VwGO . . . . .	673
(4) Bei gerichtlicher Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung in den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO . . . . .	675
bb) Notwendigkeit und Ermittlung überwiegender Erfolgsaussichten in der Hauptsache . . . . .	676
c) Interessen- und Folgenabwägung . . . . .	679
d) Entscheidung in einer Non-licet-Situation . . . . .	681
e) Dringlichkeit der Eilentscheidung . . . . .	682
4. Fazit . . . . .	684
<i>B. Prüfungsdichte bei einstweiligen Rechtsschutzentscheidungen . . . . .</i>	684
I. Meinungsstand . . . . .	685
1. In Bezug auf die Prüfungsdichte der Anordnungsentscheidung nach § 123 VwGO . . . . .	685
2. In Bezug auf die Prüfungsdichte der Aussetzungsentscheidung nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO . . . . .	686
II. Ermittlung der notwendigen Prüfungsdichte mit Hilfe der Rechtsdogmatik . . . . .	687
1. Summarische Prüfung der Sachlage . . . . .	688
2. Weitestmögliche Prüfung der Rechtslage . . . . .	690
III. Fazit . . . . .	692
 <i>15. Kapitel: Bedeutung der Rechtsdogmatik für den dualen Eilrechtsschutz als Folge der Europäisierung . . . . .</i>	693
<i>A. Das Phänomen eines dualen einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .</i>	693
I. Begriffsmerkmale und Entstehung . . . . .	693
II. Kritik . . . . .	695
1. Zunehmende Rechtsunsicherheit . . . . .	695
2. Gefahr einer Veränderung der Struktur des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	696
3. Destabilisierung der Rechtsschutzgewährung . . . . .	697
<i>B. Erkenntnis- und Steuerungspotenzial der Rechtsdogmatik zur Überwindung des Rechtsschutzdualismus . . . . .</i>	698
I. Möglichkeiten einer Beseitigung des Rechtsschutzdualismus . . . . .	698
II. Harmonisierung des einstweiligen Rechtsschutzes bei gemeinschaftsrechtlich gesteuertem und rein nationalem Verwaltungshandeln . . . . .	698

1. Gemeinschaftsrechtliche Kollisions- und Konvergenzregeln als Instrumente einer Harmonisierung . . . . .	699
2. Rechtsdogmatische Bedingungen des Steuerungspotenzials dieser Regeln . . . . .	699
a) Grundkonflikt zwischen Verfahrensautonomie und Effet utile . . . . .	699
b) Gemeinschaftsgerichtliche Leitsätze für die Auflösung dieses Konflikts . . . . .	701
3. Beitrag der Kollisions- und Konvergenzregeln zur Harmonisierung des dualen Eilrechtsschutzes . . . . .	701
a) Unanwendbarkeit nationalen Prozessrechts als Folge des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts . . . . .	702
b) Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung nationalen Prozessrechts als Folge des Effektivitäts- und Äquivalenz- gebots . . . . .	704
c) Gemeinschaftsrechtsorientierte Auslegung nationalen Prozessrechts als Folge der Kohärenz der Rechtsschutz- systeme . . . . .	708
III. Fazit . . . . .	711
 Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .	 712
 Literaturverzeichnis . . . . .	 719
Sachverzeichnis . . . . .	779